

Volkspartei-Hickmann deckt die Karten auf

Bund Schied-Hitler gegen Kommunismus

Kirchenreaktion fordert: „Die nationalgesinnten Männer der Schiedregierung als Bundesgenossen der NSDAP müssen erhalten bleiben“. Diese Regierung stützt die SPD!

Dresden, den 21. Dezember.

Der Führer der Volkspartei-Fraktion im Sächsischen Landtag, der Theologe Professor Hickmann, sprach in der Frauengruppe der Volkspartei zur „kommunistischen Gefahr“. Er erklärte die Freidenker- und Kirchenaustrittsbewegung, die sich von Jahr zu Jahr steigert, als ein Symptom der Schwäche und Ausdehnung der kommunistischen Agitation. Besonders bedeutungsvoll war seine Erklärung zur Rolle der Schiedregierung in ihrem Verhältnis zur Hitlerpartei. Nach dem Bericht des Dresdener Anzeigers erklärte er:

„Erfreulich sei es, festzustellen, daß in dem nicht roten Sachsen die nationale Regierung Schied mit dankenswerter Schärfe gegen die moskowitzischen Scudlinge vorgeht. Ganz Deutschland müsse diesen Kampf gegen die Moskowiter zu dem seinen machen. In diesem Kampf sei dem Reiche in der nationalsozialistischen Bewegung ein starker Bundesgenosse entstanden, und es sei zu wünschen, daß die Partei Hitlers hierbei mit allen politischen und unpolitischen Organisationen, die die Ausdehnungsbestrebungen des Kommunismus bekämpfen, zusammenarbeite. Allein werde der Nationalsozialismus diesen Kampf nicht durchsetzen können. D. Hickmann schloß seine Ausführungen mit einem Verzicht über die letzte Landtagssitzung sowie über das Volksbegehren. Die aus verdienstvollen, nationalgesinnten Männern bestehende Regierung Schied habe dem Sachsenvolke in schwerster Zeit nach dem besten Gewissen geholfen, und es entspräche dem Interesse Sachsens, der

gegenwärtigen Regierung die Möglichkeit zu erfolgreicher Arbeit unter allen Umständen zu erhalten.“

Diese Feststellungen eines der offensten Reaktionen im Sächsischen Landtag sind für die sächsische Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung. Sie zeigen, daß der Faschismus keineswegs nur in den Nationalsozialisten verkörpert ist, daß der Nationalsozialismus nur einen Flügel des Faschismus darstellt, dessen Träger die Kapitalistenklasse bildet. Diese offene Enthüllung der Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Schied-Parteien kennzeichnet jedoch auch die sozialdemokratischen Führer als Hauptstützen des Faschismus. Wechselseitig gestützt auf Nationalsozialisten und Sozialdemokraten führt die Schiedregierung ihren Kampf gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft durch. Die sächsischen SPD-Führer haben mit ihrer Stützung des Schied-Kabinetts, mit ihrem Kampf gegen die außerparlamentarische Massenmobilisierung gegen das Schiedregime dem Faschismus den Steigbügel gehalten. Die Erklärung des Führers der sächsischen Volkspartei im Landtag zeigt aber auch, daß die herrschende Klasse alle politischen und Kulturbestrebungen der Arbeiter mit Recht verkörpert sieht im Kommunismus, vor dem zu retten die Kapitalisten sowohl den Nazis wie den SPD-Führern ihre Aufgaben jubilierten. Die sächsische Klassenbewußte Arbeiterschaft wird mit den Faschisten und ihrer Hauptstütze, den SPD-Führern abrechnen im außerparlamentarischen Kampf um den roten Volksentscheid in Sachsen, im Kampf gegen Not und Reaktion!

NSD-Mitglieder freigesprochen!

Aufgelöste Versammlung vor dem Schnellgericht

Berlin, 21. Dezember. (Eig. Bericht.)

Am Sonnabend standen 18 Arbeiter vor dem Schnell-Schöffengericht. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am Dienstag, dem 15. d. M., tagte eine Gruppenmitgliederversammlung der NSD in der Welshenburger Straße 51 bei Nikolaipl. Vor Eröffnung der Sitzung erschien die Polizei und verhaftete sämtliche Teilnehmer und den Wirt des Lokals. Sie stellten nun auf Grund der letzten Notverordnung verurteilt werden.

Der leitende Offizier, Hauptmann Stephan, erklärte vor Gericht: „Da es sich um eine verbotene Versammlung handelt und die NSD zu 90 Prozent aus NSD-Mitgliedern besteht, war es berechtigt, die Versammlung aufzulösen, sämtliche Teilnehmer und Leiter zu verhaften und auf direkte Anweisung des Polizeipräsidenten den Wirt des Lokals festzunehmen.“ Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wachsner, den die Rote Hilfe gestellt hatte, gelang es zu beweisen, daß eine Mitgliederversammlung der NSD nicht unter die Bestimmungen der Notverordnung fällt und im übrigen die Einladungen mit persönlicher Namensnennung erfolgt sind. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lei-

ter der Versammlung drei Monate Gefängnis. Das Gericht konnte den Aussagen des Verteidigers, daß die Polizei in diesem Fall den „Weihnachtsfrieden“ gestört hätte, sich nicht verschließen und mußte sämtliche Angeklagten freisprechen.

Neue Hege gegen die NSD

Arbeiterverhaftungen in Kassel.

Kassel, 21. Dez. (Eig. Meld.)

Im Zusammenhang mit einem angeblichen Waffensfund wurden fünf Arbeiter verhaftet. Das Urstein-Blatt, die Montag-Post, benutzte diese Tatsache zu einer großangelegten Hege gegen die kommunistische Partei.

Angeblieh soll Material für ein Hochverratsverfahren vorliegen und der Reichsregierung vorgelegt werden. Auch hier wird es nicht lange dauern, bis diese Hege, wie schon so viele, inhaltslos zusammenbrechen wird.

Rote Hilfe tut not!

Zuchthausurteil gegen streifende Geleute

Die Hugenbergsche Telegraphen-Union meldet am 18. Dezember aus Emden: „In der Verhandlung gegen die Meuterer des Dampfer „Gobfried Bueren“ aus Emden, die sich an dem Streik der deutschen Seeleute in Odessa beteiligt hatten, kamen auch die Mißhandlungen zur Sprache, die an dem deutschen Konflikt-Roth in Odessa verübt worden sind. Der Konflikt war von dem Kapitän des Dampfers „Amanthea“ gerufen worden, weil die Besatzung des „Gobfried Bueren“ die Besatzung der „Amanthea“ zum Streik aufforderte. Auf dem Ausstieg zum Schiff stand ein Schild mit dem Wort „Streik“ in russischen Buchstaben. Der Konflikt nahm im Vorbeigehen das Schild weg und warf es ins Wasser. Mehrere Mitglieder der Besatzung des „Gobfried Bueren“ kürzten sich darauf auf den Konflikt und rissen ihm die Beine weg, so daß er nur noch mit den Händen an einem Tau hing. Schließlich schlug ihm noch ein Mitglied der Besatzung die Hände von dem Tau, so daß er zu Boden stürzte. Der Konflikt wurde nun mit den Füßen getreten und hin und her gezerrt, wobei ihm die Kleider zerrissen wurden. Am Kopf trug der Angeschlagene eine mehrere Zentimeter lange klaffende Wunde davon. Als Offiziere dem Konflikt zu Hilfe kamen, wurden sie mit Pfaffensteinen beworfen. Einen anderen Dampfer hinderten Mitglieder der Besatzung des „Gobfried Bueren“ an der Ausfahrt, so daß er die Trossen kappen mußte, um freizukommen. In der Freitag-Verhandlung vor dem Schnellgericht beschuldigten sich zum Teil die Leute gegenseitig und sagten u. a. aus, daß sie auf Grund von Telegrammen, die angeblich von ihrem deutschen Verband stammen sollten, wahrscheinlich aber von den Russen geschickt worden waren, in den Streik getreten sind.

Der Hauptangeklagte wurde wegen schwerer Meuterei, Aufruhr und Landesfriedensbruch zu zwei Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und drei weitere Angeklagte zu je einem Jahr einem Monat Zuchthaus verurteilt. Gegen die übrigen 19 Angeklagten erkannte das Gericht auf je zwei Monate Gefängnis mit einer dreijährigen Bewährungsfrist.“

Ein neues Schreckensurteil! Selbst aus dem Bericht der Hugenbergschen Nachrichtenagentur geht hervor, daß der Konflikt das Streikplakat ins Wasser geworfen hat. Trotzdem die ungeheuerlichen Zuchthausurteile, gegen die wir flammenden Protest erheben.

Ernst Thälmann ruft zur Winterhilfe für Opfer der Klassenjustiz!

Tausende von Klassenbewußten Arbeitern wurden durch die Bourgeoisie und die sozialdemokratischen Führer in Zuchthäuser, Gefängnisse und Festungen eingekerkert. Die neue Notverordnung bringt eine neue Verachtung in den Maßnahmen der politischen Reaktion. Der revolutionäre Arbeiter wird zum Freiwilligen für die faschistische Justiz in Deutschland. Die Tausende hinter Gittern und Gefängnismauern haben für die große Sache der revolutionären Befreiung der Millionen draußen, für den Sturz

der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und den Sieg der proletarischen Revolution gekämpft. Den Familien wurde ihr Ernährer, den Kindern wurde ihr Vater oder auch die Mutter geraubt, weil sie sich zu der unbesiegbaren, gewaltigen Idee des Kommunismus bekannten. Die Millionen der deutschen Arbeiterklasse, unbeachtet ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, müssen ihnen durch proletarische Solidarität ihren Operwillen vergelten.

Denkt an eure Klassenbrüder und -schwestern und vergesst sie nicht!

Darum alle Kräfte angespannt, um die Winterhilfskampagne der Roten Hilfe, dieser Organisation der proletarischen Solidarität, kräftig zu unterstützen!

Ernst Thälmann

9 SPD-Arbeiter kommen zur NSD

Weiß „SPD-Schrittmacherin des Faschismus“

In der Ortsgruppe Ladefopp (Bezirk Danzig) sind 9 SPD-Arbeiter, die sämtlich 8 Jahre und länger Mitglieder der SPD waren, zur NSD übergetreten und haben eine neue Ortsgruppe der NSD gegründet. In einer Erklärung charakterisieren sie die SPD als die Schrittmacherin des Faschismus in Deutschland.

SPD gibt der Heimwehr freie Bahn

Heimwehrfaktist freigesprochen. Sozialdemokratischer Aufruf gegen Arbeiteraktion

Im Prozeß gegen die Heimwehrführer wegen Hochverrats wurden Pfelemer und die anderen sieben Angeklagten freigesprochen. Dieser Freispruch bedeutet eine offene Provokation gegen die gesamte Arbeiterschaft, der sich eine ungeheure Erregung bemächtigt hat. Die österreichische Sozialdemokratie erläßt einen Aufruf, der zur Besonnenheit mahnt, indem es u. a. heißt:

„Diese Republik ist verraten und verkauft von denjenigen, denen ihre Sicherung anvertraut ist. Wir verstehen eure Gefühle, und deshalb mahnen wir euch, auch angesichts dieser aufreizenden Tatsache eure kaltsblütige Besonnenheit zu bewahren. Der Verrat vom 18. September ist unbefristet geblieben. Deshalb rufen die Arbeiter und die Kapitalisten zu einem neuen Putsch. Darauf, daß die Staatsgewalt die Republik

Polizei schießt am „goldenen Sonntag“

„Weihnachtsfrieden in Berlin.“

Berlin, 21. Dez. (Eig. Meld.)

Der sogenannte „goldene Sonntag“ fand in Berlin wieder im Zeichen des „Weihnachtsfriedens“. In den Vorstädten und in den Geschäftsvierteln der Innenstadt und des Westens waren starke Polizeikräfte zusammengezogen, die zu Fuß, zu Pferde und in Fahrzeugen patrouillierten. Auf dem Weihnachtsmarkt bildete sich in den Abendstunden ein Demonstrationsszug. Das Hugenbergblatt, Der Montag, schreibt dazu folgendes:

„Die Polizei schritt sofort ein, doch gelang es ihr nicht sofort Herr der Lage zu werden. Die Demonstrationen waren, anderwärts wieder an.“

Die Polizei schloß. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Grzeffinski verbietet Trauergeleit

Berlin, 19. Dezember. (Eig. Meldung.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzeffinski hat den Trauergeleit für den von dem Nazimordstern 33 niedergeschlagenen Arbeiter Walter Lange für Sonnabend verboten. Ob eine Kundgebung am Grabe abgehalten werden darf, ist vom Polizeipräsident noch nicht entschieden worden.

So wird Notverordnung durchgeföhrt

Am 17. Dezember, vormittags, wurde das Hugenberger Fotobüro bejagt. Da kein verbotenes Material gefunden wurde, wurde das gesamte legale Privateigentum beschlagnahmt: Schreibmaschinen, Bücherstänke usw., sogar unbeschriebenes Papier und die letzten abgenutzten Blaubogen sind von der Polizei eingezogen worden. Die Büroräume wurden abgesperrt. Eine Bescheinigung über das beschlagnahmte Material wurde nicht gegeben. Zwei Genossen wurden verhaftet, angeblich weil bei der Sichtung des Materials auf der Polizeiwache zugegen zu sein.

Naziüberfall in Breslau abgewehrt

Breslau, 20. Dez. (Eig. Meld.)

In Breslau wurden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mehrere Arbeiter von Nazis überfallen. Die Arbeiter legten sich zur Wehr. Ein Nazi wurde schwer verletzt.

118 Monate Gefängnis für 9 Landarbeiter wegen Landesfriedensbruchs!

Nacht mobil für die Winterhilfe der NSD!

Im Landkreis Datzheimen (Ostpreußen) fand im August eine proletarische Veranstaltung statt, die anfangs ohne Störung verlief. Plötzlich kam aus Oswellischen ein Stahlhelmetzug an. Die Arbeiter wurden von der vorüberziehenden Horde angepöbelt und belästigt. Die Arbeiter erwiderten diese Anfeindung mit den Rufen „Rot Front!“ und „Heil Moskau!“ Darauf schickte die berittene Stahlhelmschwadron auf die Menschenmenge vor den Lok. Sie schnallten die Steigbügel von den Sätteln ab und schlugen damit auf die draußen Stehenden ein. Die Arbeiter wehrten sich so gut sie konnten. Die hinzukommende Jagdregerei stellte natürlich fest, daß die Arbeiter nicht in Notwehr gehandelt haben, sondern die Angreifer gewesen seien. Die Arbeiter wurden sofort in Haft genommen und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

In der Berufungsverhandlung in Insterburg wurde jetzt folgendes Urteil gefällt: 9 Landarbeiter erhielten 118 Monate Gefängnis, einer davon 2 Jahre 6 Monate, zwei anderen 1 Jahr 4 Monate, einer 1 Jahr 2 Monate, die anderen blieben nicht dahinter jurist.

Arbeiterinnen streifen!

Dortmund. Die Belegschaft der Fischkonservenfabrik Schöper, die zu 80 Prozent aus Frauen besteht, trat geschlossen den Streik unter Führung der NSD. Der holländische Besitzer dieses Unternehmens zahlte den Frauen und Mädchen Stundenlöhne von sage und schreibe 8-20 Pfennig. Die Frauen nahmen in völlig durchnährten und ungeheizten Räumen ihre Arbeit vor. Der Streikbeschluss wurde mit 80 Prozent Zustimmung gefaßt. Die Frauen wählten sich eine Streikleitung aus 15 Personen.

Die Polizei des Sozialdemokraten Förgiebel fuhr sofort den Aufruf des Unternehmers mit einem Ueberfallauto vor den Streik. Der Streikwille der Belegschaft wurde dadurch noch gesteigert. Die Belegschaft hat einen Aufruf erlassen und die Arbeiter zur Solidarität aufgefordert.

Erfolgreiches rotes Volksbegehren in Danzig

Unter Führung der kommunistischen Partei ist in Danzig ein rotes Volksbegehren gegen den reaktionären Danziger Senat eingeleitet worden. Bereits in den ersten Tagen ist die erforderliche Stimmenzahl überschritten worden. Bis Mittwoch waren im Senate Danzig weit über 22 000 Einzelzeichnungen genommen.

verteidigen wird, können wir uns nicht mehr verlassen. Wir werden unsere Freiheit das nächste Mal (1) selbst erkämpfen müssen. Die Vorbereitungen unserer Abwehr scheitern zu vollenden, das muß unsere Antwort auf das Urteil von Graz und auf die Schüsse von Volksberg sein.“

So steht der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Faschismus aus! Dieser Aufruf wird Tausenden sozialdemokratischer Arbeiter die Augen über die sozialdemokratischen Hegeoffnen und sie erkennen lassen, wie berechtigt die Anklagen der kommunistischen Partei Österreichs gegen die Bauer, Krenn, Adler und Co. waren. Sie begreifen, daß nur eine revolutionäre geführte Einheitsfront ernsthaft den Kampf gegen den Faschismus führt.